

BRÜSSEL AKTUELL

9/2023

28. April bis 12. Mai 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

- Stabilitäts- und Wachstumspakt: Neue Reformvorschläge der Kommission 2
- Umweltverschmutzung: Konsultation zu Per- und Polyfluoralkyl-Stoffe gestartet 2
- Konsultation: Beihilfenvorschriften für Regionalflughäfen 2

Umwelt, Energie und Verkehr

- EU-Missionen: Online-Portal zur Anpassung an den Klimawandel gestartet 3
- Luftqualität: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht 3

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

- Handbuch der territorialen und lokalen Entwicklungsstrategien veröffentlicht 3
- Energieunion: Konsultation zur Governance gestartet 4
- Veranstaltung: Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa – 100 Städte gehen voran 3

Soziales, Bildung und Kultur

- Migration & Asyl: EuGH urteilt zur Familienzusammenführung 4

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

- Europapreis: Auszeichnungen gehen an Nagold und Markt Kleinwallstadt 5

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

- Forschung und Innovation: Aufruf für „Regional Innovation Valleys“ 5
- Tourismus: Wettbewerbe für europäische Städtepreise 2024 gestartet 5

Stabilitäts- und Wachstumspakt: Neue Reformvorschläge der Kommission

Die EU-Kommission hat am 26. April 2023 [Legislativvorschläge](#) (englischsprachig) zur Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, dem sog. Europäischen [Stabilitäts- und Wachstumspakt](#) (englischsprachig), vorgelegt. Die aktuelle Verordnung über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken ([1466/97/EG](#)) soll demnach ersetzt werden. Die Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit ([1467/97/EG](#)) sowie die Richtlinie über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten ([2011/85/EU](#)) sollen ferner angepasst werden. Inhaltliches Ziel der Kommission ist es, die EU auf künftige Krisen besser vorzubereiten, die Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden zu verbessern und ein nachhaltigeres Wirtschaftswachstum zu fördern. Ein Schwerpunkt der Reform liegt auf den nationalen Plänen, mit denen die Mitgliedstaaten ihre mittelfristig geplanten strukturellen finanzpolitischen Maßnahmen darlegen. Diese Pläne werden von der Kommission bewertet und vom Rat auf der Grundlage gemeinsamer Kriterien gebilligt. Für jeden Mitgliedstaat mit einem öffentlichen Defizit von über 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder einem öffentlichen Schuldenstand von über 60 % des BIP legt die Kommission einen länderspezifischen „technischen Kurs“ vor. Solange das Defizit über 3 % des BIP liegt, muss eine Haushaltsanpassung der Nettoausgaben von mind. 0,5 % des BIP pro Jahr als Richtwert umgesetzt werden. [Agenturmeldungen](#) zufolge liegen die aktuellen Verhandlungspositionen u. a. zwischen Deutschland und Frankreich bei diesem Punkt noch auseinander, wobei Berlin einen Haushaltsanpassungswert von bis zu 1 % präferiert, während Paris für flexible Sätze eintritt. Das Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende 2023 durch Parlament und Rat abgeschlossen sein. (NL)

Umweltverschmutzung: Konsultation zu Per- und Polyfluoralkyl-Stoffe gestartet

Die europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat eine [Konsultation](#) (englischsprachig) zur Beschränkung von Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) gestartet, welche bis zum **25. September 2023** läuft. PFAS sind eine Gruppe von Industriechemikalien, durch deren Einsatz Boden und insb. Trinkwasser kontaminiert werden. Die Konsultation beruht auf dem Vorschlag (englischsprachig) einiger Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, den Einsatz der Stoffe einzuschränken und steht im Einklang mit den Verpflichtungen in der [Chemikalienstrategie](#) für Nachhaltigkeit, welche von der EU-Kommission im Oktober 2020 vorgelegt wurde. Nach Bewertung der eingereichten Beiträge der Konsultation werden die wissenschaftlichen Ausschüsse der ECHA eine Stellungnahme zur Beschränkung der PFAS abgeben und die Kommission und die Mitgliedstaaten werden auf dieser Grundlage über das Ob einer Beschränkung der Stoffe entscheiden. (Pr/LM)

Konsultation: Beihilfavorschriften für Regionalflughäfen

Die EU-Kommission veröffentlichte am 5. Mai 2023 eine Konsultation zur Verlängerung der Beihilfavorschriften für Regionalflughäfen mit der Überarbeitung der dazugehörigen [Leitlinien](#). Bis zum **5. Juni 2023** können Interessierte ihre Stellungnahmen dazu einbringen. Behörden können diese direkt per [E-Mail](#) an die Kommission richten. Es geht dabei insbesondere um die Übergangszeit, in der für Regionalflughäfen mit weniger als drei Mio. Passagieren pro Jahr gewährt werden können. Diese läuft regulär am 4. April 2024 aus und soll nun aufgrund der Vielfachkrisen bis 4. April 2027 ausgeweitet werden. (PW)

EU-Missionen: Online-Portal zur Anpassung an den Klimawandel gestartet

Die EU-Kommission eröffnete ein Online-[Portal](#), um die EU-[Mission](#) zur Anpassung an den Klimawandel voranzutreiben. Die Mission soll Regionen und Gemeinden dabei unterstützen, ihren Wandel zur Klimaresilienz bis 2030 zu beschleunigen. Das Portal bietet Informationen über die Mission und die neuesten Entwicklungen in Bezug auf ihre Umsetzung, auch durch regionale und lokale Behörden, die als Charta-Unterzeichner oder mit Forschungsprojekten teilnehmen. Um die regionalen Behörden bei der Entwicklung, Umsetzung und Überwachung ihrer Pläne zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen, bietet das Portal u. a. Wissen, Daten und Instrumente, die auf die Anwendung auf regionaler Ebene zugeschnitten sind. Mit dem Regional Adaptation Support Tool (RAST) können die Behörden praktische Informationen für jeden Schritt der Entwicklung ihrer Anpassungspläne an den Klimawandel erhalten. Außerdem ist ein Online-Bereich für die „EU-Mission Adaptation Community of Practice“ vorgesehen, zu dem die Unterzeichnenden der Charta, die Freunde der Mission und die für die Klimaanpassung zuständigen nationalen Behörden Zugang haben. Dort können regionale und lokale Behörden konkrete technische Unterstützung erhalten in Bezug auf Fortschreiten und Finanzierung ihrer Planungsprozesse zur Klimaanpassung, Identifizierung und Finanzierung von Demonstrationsprojekten, oder der Mobilisierung und Einbindung von Bürgern und Interessengruppen. (LM)

Luftqualität: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht

Die Europäische Umweltagentur ([EEA](#)) veröffentlichte am 23. April 2023 einen [Bericht](#) (englischsprachig) zur Luftqualität in der Europäischen Union und weiteren Staaten in Europa. Dabei bezieht sich der Bericht auf die Luftschadstoffkonzentrationen in den Jahren 2021 und 2022 für regulierte Schadstoffe in Bezug auf die EU-Luftqualitätsstandards und die WHO-Richtwerte für 2021. Demnach waren im Jahr 2021 mehr als 90 Prozent der Stadtbevölkerung in der EU schädlichen Werten von Stickstoffdioxid, Ozon und Feinstaub (PM 2,5) ausgesetzt. Nach vorläufigen Daten aus dem Jahr 2022 ist die Konzentration insbesondere in Mittelosteuropa und Italien am höchsten (PM 2,5) aufgrund von Verbrennung fester Brennstoffe. Die EEA hat ein [Dashboard](#) eingerichtet, um die Luftqualität von Städten in Europa darzustellen. Die Städte werden auf der Grundlage der durchschnittlichen Feinstaubwerte (PM 2,5) der letzten zwei Kalenderjahre von der saubersten bis zur am stärksten verschmutzten Stadt eingestuft. Die Berichte der EEA zur Luftqualität dienen der EU-Kommission zur Einschätzung der Entwicklung der Luftqualität in Europa. Im Rahmen der aktuellen Überarbeitung der Richtlinie über Luftqualität (*Brüssel Aktuell* 18/2022) und saubere Luft für Europa ([2008/50/EG](#)) sind die Berichte der EEA zur Kenntnis zu nehmen. (PW)

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Handbuch der territorialen und lokalen Entwicklungsstrategien veröffentlicht

Am 22. März 2023 ist ein [Handbuch](#) (englischsprachig) der territorialen und lokalen Entwicklungsstrategien veröffentlicht worden. Das Handbuch soll ein Instrument für die Konzeption, Umsetzung und Überwachung von Strategien zur Stärkung von Resilienz, Wohlstand und Demokratie in nichtstädtischen Gebieten darstellen und bildet damit das Gegenstück zum [Handbuch](#) (englischsprachig) für nachhaltige Stadtentwicklungsstrategien. Im Rahmen der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2021-2027 wurde ein neues politisches Ziel „Europa bürgernäher“ aufgenommen, dieses soll u. a. mithilfe des Handbuchs umgesetzt werden. Zu den Zielpersonen gehören Verwaltungsbehörden, politische Entscheidungsträger, lokale Aktionsgruppen und Entwicklungsagenturen, die sicherstellen sollen, dass nichtstädtische Gebiete den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen und Teil eines grünen und digitalen Europas werden. (Pr/JK)

Energieunion: Konsultation zur Governance gestartet

Der Ausschuss der Regionen (AdR) und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) haben eine [Konsultation](#) (englischsprachig) zum Thema „Lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Steuerung der Energieunion“ gestartet, welche bis zum **2. Juni 2023** läuft. Die in dieser Konsultation gesammelten Informationen werden genutzt, um die jeweiligen politischen Positionen zur Überarbeitung der [Governance-Verordnung](#) zu formulieren. Die Verordnung (EU) 2018/1999 über die Steuerung der Energieunion und des Klimaschutzes, eine der wichtigsten Säulen des Pakets für saubere Energie, gilt als zentraler Mechanismus für die Umsetzung der Energiepolitik der EU. Um die Klima- und Energieziele der EU zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten nationale Energie- und Klimapläne und mehrstufige Klima- und Energiedialoge erstellen. Diese wurden 2019 erstmals vorgelegt und befinden sich momentan in der Aktualisierung, bis diese erneut im Juni 2023 der europäischen Kommission vorgelegt werden. In der Konsultation wird u. a. nach der Umsetzung der Klima- und Energiedialoge sowie nach ihrer Effektivität in Bezug auf das Engagement der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Bürger:innen gefragt. Weiter wird die Verbindung der nationalen Energie- und Klimapläne mit subnationalen Plänen betrachtet. (Pr/LM)

Veranstaltung: Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa – 100 Städte gehen voran

Am 24. Mai 2023, ab 18:30 Uhr, findet in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union die Veranstaltung „Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa – 100 Städte gehen voran“ statt. Die gemeinsame Veranstaltung der Stadt Mannheim und des baden-württembergischen Staatsministeriums rückt dabei die Missionsstädte aus dem Kreis der „Vier [Motoren](#) für Europa“ in den Mittelpunkt. Neben Baden-Württemberg nehmen aus den „Vier Motoren“-Regionen Vertreterinnen und Vertreter aus Auvergne-Rhône-Alpes sowie der Lombardei (angefragt) an der Podiumsdiskussion teil. Weitere Informationen zur Veranstaltung und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es [hier](#). (PW)

Soziales, Bildung und Kultur

Migration & Asyl: EuGH urteilt zur Familienzusammenführung

Laut einem Urteil (Rechtssache [C-1/23 PPU](#)) des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. April 2023 dürfen EU-Mitgliedstaaten bei der Antragsstellung auf Familienzusammenführung nicht ausschließlich auf persönliches Erscheinen bestehen. Dem Fall lag ein Antrag auf Zusammenführung einer syrischen Familie in Belgien zu Grunde. Insbesondere für Antragsteller in Kriegs- und Katastrophengebieten, denen es unter Umständen unmöglich oder übermäßig schwierig ist, persönlich in eine diplomatische Vertretung des potenziell aufnehmenden Mitgliedstaats in ihrem Land zu erscheinen, müssen abweichende Möglichkeiten zur Antragstellung durch den Mitgliedstaat ausnahmsweise ermöglicht werden (Rn. 52 & 53). Der EuGH begründete seine Entscheidung damit, dass es ansonsten auf eine Aushebelung des durch EU-Normen garantierten Rechts auf Familienzusammenführung hinauslaufe, wenn wie im vorliegenden Fall nach belgischem Recht keine Ausnahmen hinsichtlich der Pflicht zum persönlichen Erscheinen vorgesehen seien (Rn. 54). Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung von Art. 5 Abs. 1 der Richtlinie [2003/86/EG](#) betreffend das Recht auf Familienzusammenführung, der Art. 23 und 24 der Richtlinie [2011/95/EU](#) über Normen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen sowie der Art. 7 und 24 der [Charta](#) der Grundrechte der EU. (NL)

Europapreis: Auszeichnungen gehen an Nagold und Markt Kleinwallstadt

Am 26. April 2023 wurden die Gewinner des [Europapreis](#) (englischsprachig) von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg verkündet, der in vier verschiedenen [Kategorien](#) (englischsprachig) vergeben wurde. Der Europapreis als die höchste Auszeichnung ging nach Bolesławiec in Polen, die Ehrenplakette als zweithöchste Auszeichnung ging an sechs verschiedene Gemeinden. Mit der Ehrenfahne als dritthöchste Auszeichnung wurde die Große Kreisstadt Nagold in Baden-Württemberg ausgezeichnet. Ferner erhielt Markt Kleinwallstadt in Bayern das Europadiplom. Ziel dieser Auszeichnungen ist es, Städte und Gemeinden zu würdigen, die sich durch ihr europäisches Engagement, ihre Tätigkeiten im Bereich der Städtepartnerschaft, ihren Austausch in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport, die Organisation europäischer Veranstaltungen, ihre Mitgliedschaft in Gemeinde- und Kommunalverbänden und ihre Solidaritätsaktionen auszeichnen. (Pr/NL)

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Forschung und Innovation: Aufruf für „Regional Innovation Valleys“

Die EU-Kommission hat eine Initiative gestartet, um lokale und regionale Innovationen zu stärken und Vorhaben zu vernetzen. Bis zum **18. September 2023** können interessierte Regionen [online](#) ihr Interesse bekunden, ein „Regional Innovation Valley“ ([RIV](#)) zu werden. Im Rahmen der europäischen [Innovationsagenda](#) sollen durch diese Initiative einhundert Regionen identifiziert werden, die sich für eine bessere Koordinierung ihrer Investitionen und Strategien in Forschung und Innovation einsetzen. Die Aktion ergänzt das vom europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) und der Gemeinsamen Forschungsstelle ([JRC](#)) der EU-Kommission im Mai 2022 ins Leben gerufene Pilotprojekt zu Partnerschaften für regionale Innovationen ([PRI](#)). Die Regionen werden gebeten anzugeben, in welchem Innovationssektor sie ihre Investitionen stärken und sich an interregionaler Zusammenarbeit beteiligen möchten, z.B. erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft, digitaler Wandel oder Verbesserung der Gesundheitssysteme. (PS)

Tourismus: Wettbewerbe für europäische Städtepreise 2024 gestartet

Die EU-Kommission hat die [Wettbewerbe](#) für den „Grünen Pionier“ und die „Europäische Hauptstadt des intelligenten Tourismus 2024“ gestartet, Bewerbungsfrist ist der **5. Juli 2023**. Als europäische Hauptstadt des smarten Tourismus können sich Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern bewerben. Bewertet werden vier Kriterien: Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Digitalisierung sowie kulturelles Erbe in Verbindung mit Kreativität. Die Ausschreibung für den „Grünen Pionier“ des Tourismus richtet sich an Städte mit 25.000 bis 100.000 Einwohnern, die herausragende nachhaltige Tourismuspraktiken umsetzen. Hierbei handelt es sich um den Nachfolger des Wettbewerbs „European Destinations of Excellence“ (EDEN), der sich an touristisch noch wenig bekannte Orte richtete. Ein englischsprachiger Bewerbungsleitfaden informiert jeweils über Details zur Europäischen [Hauptstadt](#) sowie zum Grünen [Pionier](#) des intelligenten Tourismus. Die Bewerbung kann in jeder Amtssprache der EU eingereicht werden. Die Preisträgerstädte erhalten für ein Jahr professionelle Marketingunterstützung, ein Werbevideo sowie weitere Werbemaßnahmen durch die EU. Gleichzeitig ermöglicht ein Netzwerk aller Bewerberstädte einen europaweiten Austausch. Für das Jahr 2023 wurden Sevilla (ESP) und Paphos (CYP) als Preisträgerstädte ausgewählt. (PS)